



## Nicht „jede Mutter gleich viel wert?“

Jede Mutter ist uns gleich viel wert“, behaupten die ÖVP als Begründung der Forderung nach „Karenzgeld für alle“, (KFA) und die FPÖ für ihren „Kinderbetreuungsscheck“ (KBS). Nichts ist unwahrer als das.

Sie borgen den berühmt-erfolgreichen Slogan Kreisky's „jedes Kind ist uns gleich viel wert“, um ihn gründlich mißzuverstehen oder gar bewußt zu verkehren: In Wahrheit sind der ÖVP, der FPÖ und der GSA die Nur-Hausfrau-als-Mutter (u. a. Erwerbslose) mehr wert als alle anderen Frauen und Mütter – und Niedriglohn-/Teilzeitkräfte mehr als (als Rabenmütter verdächtige?) beruflich erfolgreiche „Karrierefrauen“, und Aussteigerinnen oder Schülerinnen mehr als berufstätige Mütter. Alleinerhährerfamilien erhielten

durch KFA höhere, Zweiverdien-erfamilien in der Babypause niedrigere Haushaltseinkommen.

Diese Umverteilungswirkungen von KFA sind unbestreitbar. Solche Ungleichbehandlung mehr oder minder erwünschter Mutterschaften geht über die von „Kinderlosen“ gegenüber Familien weit hinaus: Sie ist – in einem national-natalistischen Weltbild – zwar legitimierbar. Doch mehr als das Karenzurlaubsgesetz (KUG) würde so ideologische „Familienpolitik“ eine kleine Minderheit der Mütter und traditioneller Eltern besser stellen als alle anderen – vor allem als die große Mehrheit der Mütter und Väter, die Beruf und Familie vereinbaren wollen – und Beiträge zahlen.

Wer, wie Haider-Schwester FP-Haubner, den National-Na-

talismus eines KBS/KFA-Volksmuttergeldes mit (christ-/sozialdemokratischer) „Chancengleichheit“, (liberaler) „Wahlfreiheit“ oder (grüner) „Grundsicherung“ für alle Frauen bemäntelt, weiß nicht wovon sie redet – oder hält alle Nicht-Vollhausfrauen und berufstätigen Mütter für dümmer als selbst in Wahlkampfzeiten erlaubt sein sollte.

Denn finanziell wird jede Familie mit Hunderttausenden Schilling jährlich (!) großzügiger subventioniert als irgendwo sonst

auf der Welt: Familienbeihilfe, Frei- und Absetzbeträge sowie Sachleistungen für direkte Kinderkosten, zweckgebundene Gelder wie Mutter-Kind-Paß und eine einzigartige Angebotspalette von Gratis-Mitversicherungs-, -Gesundheits- und -Bildungsleistungen fördern die Inanspruchnahme meritotischer Güter; Fürsorge (haushaltsbezogen-bedarfsgeprüfte Existenzsicherung durch Sozialhilfe und Familiengelder der Länder); und Versorgung (z. B. Zuschläge für Alleinerzieherinnen oder

Eltern behinderter Kinder) sichern allen Müttern das meiste, was sie brauchen. Einzig Kinderkrippen und -horte sowie ein Einkommensersatz bei Berufsunterbrechung nach Höhe geleisteter Beiträge, also das sonst allgegenwärtige Versicherungsprinzip als Dritte Säule von Familientransfers, fehlen bisher zugunsten der Fehlkonstruktion eines niedrig-fixen Karenzgeldes. (weniger als 3% aller Familienleistungen), die KFA auch noch auf Unbeteiligte ausdehnen will. Dagegen sind Liberale und Sozialdemokraten bisher als einzige unserem langjährigen Drängen nach einer Kombination von (bedarfsorientierter) Grundsicherung und einkommensbezogenem Karenzgeld (EBK) nähergetreten, die ÖVP erwog zuletzt ein Umdenken Richtung KFA plus

EBK. Möglich wäre entweder ein Zwei-Säulen-Modell einer (einkommensunabhängigen vs. bedarfsgeprüften) Mindestleistung für alle (eine temporäre Aufstockung der Familienbeihilfe) sowie einer einkommensbezogenen oder gar -abhängigen Zusatz-Versicherungsleistung für erwerbstätige Beitragszahlerinnen; oder einer gesockelten und gedeckelten Karenzversicherung. Je flexibler und individualisierter die Elternkarenzkonten, je höher die Höchstbemessungsgrundlagen und je höher und linearer die Ersatzraten, desto attraktiver wird die Elternkarenz auch für Väter, desto größer werden die Anreize zu partnerschaftlicher Elternschaft.

\* Wichtige Ideen verdanke ich Monika Thenner's hotmails aus Götheborg.